

Satzung

Swingconnection-Leipzig e.V.

§ 1 Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit

- 1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2) Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports (§52 Abs. 2 AO).
- 3) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) die Durchführung des sportlichen Trainings und die Teilnahme an Workshops und Trainingslagern,
 - b) die Teilnahme des Vereins und seiner Mitglieder an Wettkämpfen z.B. im Rahmen des Deutschen Olympischen Sportbundes und seiner Mitgliederverbände,
 - c) die Organisation und Ausrichtung von Tanzsportturnieren z.B. im Rahmen des Deutschen Olympischen Sportbundes und seiner Mitgliederverbände.
- 4) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- 6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 2 Name, Sitz und Geschäftsjahr des Vereins

- 1) Der Verein führt den Namen „Swingconnection-Leipzig e.V.“.
- 2) Sitz des Vereins ist Leipzig, Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Mitgliedschaft

- 1) Mitglied kann jede natürliche Person, die an der Verwirklichung der Vereinsziele interessiert ist, werden. Juristische Personen können ausschließlich als fördernde Mitglieder die Mitgliedschaft des Vereins erwerben. Vorausgesetzt ist weiter lediglich eine an den Vereinsvorstand gerichtete Anmeldung zur Aufnahme, in der sich der Anmeldende zur Einhaltung der Satzungsbestimmungen verpflichtet. Weitere Voraussetzung ist die Zugangsmöglichkeit des Mitgliedes zum Internet zwecks regelmäßiger Einsichtnahme auf die Homepageseiten des Vereins und des Empfangs von E-Mails. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung des Aufnahmegesuchs ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.
- 2) Der Verein erhebt von seinen Mitgliedern Mitgliedsbeiträge. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird in einer Beitragsordnung geregelt.
- 3) Die Mitgliedschaft wird beendet
 - a) durch Austritt, der nur schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden kann,
 - b) durch förmliche Ausschließung, die nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen kann,
 - c) durch Ausschließung mangels Interesse, die durch Beschluss der Mitgliederversammlung ausgesprochen werden kann, wenn ohne Grund für mindestens ein Jahr die Beiträge nicht entrichtet worden sind und
 - d) durch Tod.
- 4) bei seinem Ausscheiden aus dem Verein hat ein Mitglied keinen Anspruch bezüglich des Vereinsvermögens.
- 5) Personen, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei und zur kostenlosen Inanspruchnahme der Vereinsleistungen berechtigt.

§ 3a Gliederung

Im Bedarfsfall können eigene, in der Haushaltsführung selbständige oder unselbständige Abteilungen (Sparten) gegründet werden. Die Entscheidung über eine solche Gründung trifft der Vorstand.

§ 4 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem Kassenswart. Der Vorstand kann um weitere Mitglieder vergrößert werden. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig,
3. der Beirat, der auf Beschluss des Vorstands aus geeignet erscheinenden, hierfür ehrenamtlich tätigen Personen gebildet werden kann.

§ 5 Mitgliederversammlung

- 1) Die ordentliche Mitgliederversammlung ist alljährlich möglichst im ersten Kalenderhalbjahr abzuhalten. Sie beschließt insbesondere über:
 - a) die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern,
 - b) die Höhe der Mitgliedsbeiträge; die Mitgliederversammlung beschließt über die Höhe der Mitgliedsbeiträge im Rahmen einer Beitragsordnung und kann durch Mehrheitsbeschluss den Vorstand ermächtigen, die Höhe des Zusatzbeitrages für besondere Vereinsaktivitäten festzulegen.
 - c) die Ausschließung eines Mitglieds,
 - d) die Auflösung des Vereins und die Verwendung seines Vermögens,
 - e) Satzungsänderungen,
 - f) Beschlussfassung über Feststellung des Jahresabschlusses und das Ausweisen von Rücklagen,
 - g) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für die Tätigkeit im jeweiligen Berichtszeitraum / in den vorangegangenen Berichtszeiträumen.
- 2) der Vorstand beruft die Mitgliederversammlung ein durch Bekanntmachung der Einladung der Mitglieder unter Angabe der Tagungsordnung per aktuell hinterlegter E-Mail-Adresse. Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen und beginnt mit der Bekanntmachung zu laufen. Der Vorstand bestimmt die Tagungsordnung, jedes Mitglied kann seine Ergänzung bis spätestens eine Woche vor der Versammlung beim Vorstand schriftlich unter Angabe von Gründen beantragen.
- 3) In der Mitgliederversammlung ist die Vertretung auch bei der Ausübung des Stimmrechts zulässig. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen und vertretenen Mitglieder, bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden. Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen. Über die Art der Abstimmung entscheidet der Vorstand. Wahlen erfolgen wenn nicht einstimmig durch Zuruf, schriftlich durch Stimmzettel. Beschlüsse, durch die die Satzung oder der Vereinszweck geändert werden, und Beschlüsse über die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen und vertretenen Mitglieder.
- 4) Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins sind dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Satzungsänderungen, die die in § 1 genannten gemeinnützigen Zwecke betreffen, bedürfen der Einwilligung des zuständigen Finanzamtes.
- 5) Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Protokollführer und dem Vorstandsvorsitzenden zu unterzeichnen ist. Der Protokollführer wird jeweils von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Diese Niederschrift muss den Mitgliedern innerhalb von sechs Monaten zugänglich sein. Eine Zugänglichkeit im vorgenannten Sinne besteht u.a. auch, indem die Niederschrift per Mail an info@swingconnection-leipzig.com fristgemäß angefordert werden kann. Einwendungen können nur innerhalb eines Monats, nachdem die Niederschrift zugänglich gemacht worden ist, erhoben werden.

- 6) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist zu berufen, wenn das Interesse des Vereins dies erfordert oder wenn mindestens 20% der Mitglieder dies schriftlich gegenüber dem Vorstand verlangen. Kommt der Vorstand einem solchen Verlangen nicht nach, können diese Mitglieder die Mitgliederversammlung selbst einberufen.

§ 6 Vorstand des Vereins

- 1) Zu Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins bestellt werden. Die Wahl erfolgt einzeln. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds kann für seine restliche Amtszeit vom Vorstand ein Nachfolger bestellt werden.
- 2) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Den Vorstand im Sinne des § 26 Abs. 2 BGB bilden der Vorsitzende, der Kassenwart und der stellvertretende Vorsitzende sowie alle weiteren Vorstandsmitglieder gemäß § 4 Ziffer 2 der Satzung. Sie sind einzeln zur Vertretung des Vereins befugt. Für Rechtshandlungen mit einem Gegenstandswert von mehr als 15.000 Euro (fünfzehntausend) ist die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich.
- 3) Der Vorstand entscheidet durch Beschluss in Vorstandssitzungen, zu denen er mindestens einmal jährlich zusammentritt und über die eine Niederschrift zu fertigen ist. Die Einladung ergeht mit einer Frist von einer Woche durch den Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden.
- 4) Die interne Aufgabenverteilung legt der Vorstand in eigener Zuständigkeit fest und regelt die Einzelheiten in einer Geschäftsordnung. Dabei ist insbesondere festzulegen, welche Aufgaben und Zuständigkeiten in den Bereich der Gesamtgeschäftsführung fallen und welche Aufgaben durch einzelne Vorstandsmitglieder eigenverantwortlich wahrgenommen werden (Ressortprinzip).

§ 6a Vergütung für die Vereinstätigkeit

- 1) Die Satzungsämter des Vereins werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
- 2) Im Rahmen der haushaltrechtlichen Möglichkeiten kann auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG (Ehrenamtspauschale) die Vorstandstätigkeit entgeltlich ausgeübt werden.
- 3) Die Entscheidung über eine Vergütung der Vereinstätigkeit nach Abs. (2) trifft der Gesamtvorstand einstimmig. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
- 4) Der Gesamtvorstand ist ermächtigt, Tätigkeiten für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung (z.B. Dienst- oder Werkleistungen) oder Aufwandsentschädigung (z.B. an nebenberufliche Übungsleiter) zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltlage des Vereins.

§ 7 Auflösung und Zweckänderung

- 1) Die Auflösung des Vereins kann nur die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder beschließen (siehe auch § 6 Abs. 4 der Satzung).
- 2) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Stadtsportbund Leipzig e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Beschlüsse der Mitgliederversammlung gemäß Absatz 1 dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 14.12.2011 beschlossen. Änderungen erfolgten am

- 16.03.2012
- 27.02.2015
- 23.03.2019; Anpassung §6.2 (Betrag), Anpassung §5.2 / §5.5 (URL .de nach .com)
- 31.08.2020; Anpassung §5.2 (Einberufung Mitgliederversammlung per Mail) und §5.5 (Protokoll der Mitgliederversammlung kann per Mail angefordert werden)

Sie tritt mit ihrer Eintragung im Vereinsregister in Kraft.